

## NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen,  
Organisation und Finanzentwicklung der Stadt Lüdenscheid

am 06.11.2008

im Besprechungsraum 14 des Telekomgebäudes, Rathausplatz 2 b

### Anwesend:

#### Vorsitz:

Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer CDU

#### Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Herr Gerhard Ameln	FDP	Vertreter für Rats Herrn Schwarz
Rats Herr Jürgen Appelt	Grüne	
Rats Herr Felice Bucci	CDU	Vertreter für Herrn Weiß bis 19.10 Uhr
Rats Herr Ingo Diller	SPD	Vertreter für Rats Frau Ullrich bis 19.10 Uhr
Rats Herr Oliver Fröhling	CDU	
Rats Frau Christel Gabler	CDU	
Rats Herr Harald Metzger	SPD	
Rats Frau Sabine Rigas-Gülde	CDU	
Frau Elisabeth Siebensohn	CDU	Vertreterin für Herrn Eßer
Rats Herr Michael Thielicke	SPD	
Rats Herr Holger Triebert	SPD	
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Jens Voß	SPD	Vertreter für Rats Frau Teipel
Herr Wolf Reiner Cassel	LL	
Herr Ulrich Noetzlin	SPD	

#### Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Rats Herr Peter Oettinghaus AfL

#### Verwaltung:

Bürgermeister Dieter Dzewas  
Erster Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder  
Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler  
Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen  
Herr Michael Walker  
Herr Martin Bärwolf  
Herr Sven Haarhaus  
Frau Aggi Thieme  
Frau Martina von Schaewen  
Frau Britta Vogelsang

#### Schriftführung:

Frau Nicola Körbi

#### Abwesend:

### **Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:**

Ratsherr Bruno Schwarz	FDP
Ratsfrau Elke Teipel	SPD
Ratsfrau Ramona Ullrich	SPD
Herr Stefan Eßer	CDU
Herr Björn Weiß	CDU

### **Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:**

Ratsherr Marcus Kühnel	CDU
------------------------	-----

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:20 Uhr

#### **1. Öffentliche Fragestunde**

---

In der öffentlichen Fragestunde ergibt sich kein Gesprächsbedarf.

#### **2. Genehmigung der Niederschrift vom 18.09.2008**

---

Der Ausschuss stellt das Protokoll in der vorliegenden Form als genehmigt fest.

#### **3. Neufassung der Satzung des Stadtentwässerungsbetriebs Lüdenscheid - AÖR- Vorlage: 144/2008**

---

Nach kurzer Erläuterung durch Herrn Stadtkämmerer Blasweiler wird die Vorlage dem Hauptausschuss und Rat zur Annahme empfohlen.

#### **4. Endbericht der Fa. Horváth & Partner GmbH zur Überprüfung der Aufbauorganisation und zur Prozesskostenrechnung hier: Stellungnahmen der Verwaltung zu den Prozessoptimierungsthemen Vorlage: 229/2008**

---

Es ergibt sich eine ausführliche und zum Teil kontrovers geführte Diskussion über die von der Firma Horváth & Partners vorgelegten 29 Prozessoptimierungsthemen (POT) sowie die dazu von der Verwaltung abgegebenen Stellungnahmen.

Die endgültige Beschlussfassung zur angeregten Reorganisation der Stadtverwaltung (POT 1) soll in der Sitzung im Januar 2009 – zusammen mit den Stellenplanberatungen – erfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt, hierzu eine Beschlussvorlage zu erarbeiten. Hierin sollen auch alternative Modelle (4 bzw. 5 Fachbereiche) einschließlich der damit verbundenen Vor- und Nachteile dargestellt werden.

In Zusammenhang mit der anstehenden Entscheidung über eine weitere Beauftragung von Horváth & Partners (vgl. TOP 5) wird intensiv hinterfragt, inwieweit nach den Stellungnahmen der Verwaltung überhaupt noch Raum für weitere Untersuchungen in den geplanten Modulen 2 und 3 ist.

Nachdem vereinbart wurde, dass die Firma Horváth & Partners für die am 27.11.2008 stattfindende nächste Ausschuss-Sitzung eingeladen werden soll, erfolgt folgender

**Beschluss:**

Die Stellungnahmen werden als Grundlage für die weitere Diskussion zur Kenntnis genommen.

Im Anschluss an die Abstimmung ergreift Stadtkämmerer Blasweiler noch einmal das Wort, um die im Horváth-Gutachten zur Overhead-Kosten-Verteilung genannten Zahlen zu erläutern und zu korrigieren; auf Wunsch des Ausschusses wird die Berechnung als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.

**5. Einführung eines Advanced Budgeting bei der Stadtverwaltung Lüdenscheid  
hier: Beauftragung der Fa. Horváth & Partner GmbH zur Durchführung der Module 2 und 3  
Vorlage: 260/2008**

---

Nach kurzer Diskussion schlägt die Verwaltung vor, mit der Firma Horváth & Partners Kontakt aufzunehmen, mit dem Ziel

1. weitere Sachaufklärung hinsichtlich der Ergebnisse aus Modul 1 herbeizuführen und
2. eine detaillierte Vorstellung zu bekommen, was in Modul 2 und 3 mit den Erkenntnissen aus Modul 1 gemacht werden soll.

Der Ausschuss schließt sich diesem Vorschlag an und es ergeht somit folgender geänderter

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Sachaufklärung mit der Fa. Horváth & Partners zu betreiben und eine detaillierte Vorstellung zu erbitten, was in den Modulen 2 und 3 mit den Erkenntnissen aus Modul 1 gemacht wird. Eine Präsentation der Ergebnisse ist für die Sitzung des Ausschusses am 27.11.2008 vorgesehen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 14  
Nein-Stimmen: 1  
Enthaltungen:

**6. Berichtswesen; Ausführung des Haushaltsplans**

---

Stadtkämmerer Blasweiler teilt ergänzend zur vorgelegten Tischvorlage mit, dass der Anteil an der Einkommensteuer gegenüber der letzten Information des Ausschusses um 1,2 Mio. Euro gestiegen ist und der Ansatz bei der Gewerbesteuer inzwischen knapp 60 Mio. Euro beträgt. Darüber hinaus werden von Herrn Blasweiler weitere Zahlen mitgeteilt.

## **7. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

---

### **7.1. Bekanntgaben**

Stadtkämmerer Blasweiler schlägt vor – sofern der Ausschuss gegen diese Vorgehensweise keine Einwände hat – die Beratung derjenigen Produkte, die keinem Fachausschuss zugeordnet werden können, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen im Januar vorzunehmen. Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

### **7.2. Beantwortung von Anfragen**

---

#### **7.2.1. Kettenarbeitsverträge von Honorarkräften der Musikschule**

Stadtkämmerer Blasweiler gibt bekannt, dass zu diesem Thema eine Anfrage an den Kommunalen Arbeitgeberverband gerichtet wurde. Sobald ein Ergebnis vorliegt, wird der Ausschuss unaufgefordert unterrichtet.

#### **7.2.2. Planwertabschöpfung bei Flächennutzungs- oder Bebauungsplänen**

Herr Bärwolf erläutert kurz, dass eine Planwertabschöpfung bei Flächennutzungs- oder Bebauungsplänen rechtlich nicht zulässig ist. Eine ausführliche Stellungnahme der Verwaltung ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

### **7.3. Anfragen**

---

Keine

Vorsitzender

Schriftführer